

# Der Ungleichheit im Land auf die Spur kommen

**Empirisch** Nach Veröffentlichung ihrer FVE-Studie möchte das Liechtenstein-Institut als Folge in Richtung Ungleichheit und Umverteilung im Fürstentum weiterforschen.

VON HANNES MATT

**W**ir möchten unbedingt dranbleiben: Unter diesem Motto präsentierten sich die beiden Volkswirte Berno Büchel und Andreas Brunhart beim letzten Vortrag der Reihe «Wirtschaftspolitische und -theoretische Perspektiven» mit einem Ausblick auf Verteilungsfragen im aktuellen Diskurs. Die beiden Forschungsbeauftragten am Liechtenstein-Institut haben bereits zu Jahresbeginn eine Studie über «frei verfügbare Einkommen (FVE)» präsentiert, die aufzeigte, wie viel

«Netto vom Brutto» in Liechtenstein im Vergleich zur Schweiz bleibt (das «Volksblatt» berichtete). Das Resultat sorgte für grosse Diskussionen: Bei fast allen Einkommensklassen und Haushaltstypen bleiben dem Liechtensteiner nach Abzug der obligatorischen Abgaben und Versicherungsbeiträgen nämlich schlussendlich erheblich mehr im «Geldsäckel» - hauptsächlich aufgrund der geringeren Steuern und Sozialbeiträgen. Da ändern auch die im Fürstentum tendenziell höheren Mieten nichts. Die Studie lasse für die Zukunft tiefer greifende Analysen zu, wie Berno Büchel gestern ausführte: Etwa seien

bei genauerer Betrachtung die Unterschiede zur Schweiz bei Familien mit tieferen Einkommen ganz besonders hoch. «Dies aufgrund gewisser Instrumente des Staates, etwa dass Kinder keine Krankenkassenprämien zahlen müssen oder im Hinblick auf die Höhe des Kindergelds sowie der Mietbeihilfen», so Büchel.

Es seien dabei viele weitere Analysen möglich - insbesondere wie es in

«Wir wollen nicht nur nackte Zahlen. Es wäre auch interessant, wie die Liechtensteiner zum Thema stehen.»

**BERNO BÜCHEL**  
LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Liechtenstein bezüglich Ungleichheit und Umverteilung stehe. Über diese Themen könne man zwar nächstelang diskutieren, es gebe für Liechtenstein aber so gut wie keine Fakten,

die auch im internationalen Vergleich verwendet werden könnten - etwa den «Gini-Koeffizienten», der zur Darstellung von Ungleichheit verwendet wird. Einen solchen gibt es (noch) nicht: Der Datensatz zu Liechtenstein sei bei der Weltbank zwar vorhanden, noch fehle aber die Zahl.

## Ungleichheit steigt weltweit an

Statistiken von anderen Ländern gibt es indes genug: Wie sich die weltweite Situation bezüglich Ungleichheit entwickelte und wie das Thema ökonomie-theoretisch angegangen wird, darüber gab Andreas Brunhart in einem weiteren Referat Auskunft. So



Viel Prominenz war gekommen, vorne von links: Referent Berno Büchel, Regierungschefstv. Thomas Zwiefelhofer, Regierungsrat Mauro Pedrazzini sowie Institutsleiter Wilfried Marxer - und auch Paul Vogt nahm in der ersten Reihe Platz.



V. l.: Berno Büchel und Andreas Brunhart vor einer Grafik, welche die grossen Unterschiede bei den frei verfügbaren Einkommen von Familien zwischen der Schweiz (rot) und zweier Liechtensteiner Gemeinden (blau/schwarz) zeigt. (Fotos: HM)

habe sich die weltweite Armut zwar reduziert, im Einkommensvergleich haben aber seit 1980 vor allem die höheren Löhne viel stärker zugelegt. Das sei vor allem in den USA festzustellen. «Die Schweiz zeigt ähnliche Tendenzen, wenn auch nie so stark.» Brunhart betonte zudem, dass die Debatte zur Ungleichheit schlussendlich vor allem eine moralisch-philosophische sei und von der Politik und der Gesellschaft geführt werden müsse. Dies ist aber nur mit klaren Fakten möglich, deren Erhebung aber immer mit Aufwand verbunden sei. Deshalb wünschen sich die beiden Volkswirte mit der FVE-Studie in der Hinterhand, in diesen Bereichen

weiterzuforschen und sich an der akademischen Debatte zur Debatte rund um die Ungleichheit zu beteiligen. Berno Büchel ergänzte: «Es sollte aber nicht nur um nackte Zahlen gehen, auch das Empfinden der Liechtensteiner zum Streitthema Ungleichheit soll nicht zu kurz kommen - etwa mit Hinblick auf den starken Wohlstandsanstieg im Land. Solche Umfragen würden in anderen Ländern bereits seit Jahrzehnten gemacht.» Was die beiden Forschungsbeauftragten indes auf keinen Fall wollen, sei «einfach nur wild zu spekulieren, schon gar nicht in der Öffentlichkeit - höchstens bei einem Gläschen Wein».